

**INHALT MAI 2006**

**SEITE 1**

**„GEGEN DIE GEPLANTE VERSCHÄRFUNG DES ZUWANDERUNGSGESETZES“**

Stellungnahme IR, Pro Asyl und DGB

**ZAHLENWERK**

Asylanträge 2003, 2004 und 2005

**SEITE 2**

**EINBÜRGERUNGSTESTS (1)**

IG Metall: Gutachten und Postkartenaktion

**„DAS EINSORTIEREN IN VERSCHIEDENE SCHULARTEN FÜHRT ZUR GHETTOISIERUNG“**

GEW zur Berliner Rütli-Schule

**EINBÜRGERUNGSTESTS (2)**

Die Praxis in Großbritannien

**RATSMITGLIEDER MIT MIGRATIONSINTERGRUND**

LAGA NRW hat nachgezählt

**SEITE 3**

**UN-TAG GEGEN RASSISMUS**

So viele Veranstaltungen wie nie zuvor

**BAMF: JAHRESBILANZ INTEGRATIONSKURSE 2005**

„Deutliches Eigeninteresse von Migranten“

**TERMINE**

und Veranstaltungen

**SEITE 4**

**ES DARF NICHTS MEHR BESCHÖNIGT WERDEN!**

Kommentar von Doro Zinke, stellv. Vorsitzende des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg

**LÄNDERÜBERGREIFENDE INITIATIVE GEGEN RECHTS**

DGB Bezirke Baden-Württemberg, Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz/Saarland fordern entschiedenen Widerstand gegen neofaschistische Aktivitäten

# „GEGEN DIE GEPLANTE VERSCHÄRFUNG DES ZUWANDERUNGSGESETZES“

**Stellungnahme IR, Pro Asyl und DGB**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Interkulturelle Rat (IR) und Pro Asyl äußerten Ende März 2006 in einer gemeinsamen Stellungnahme Kritik an bekannt gewordenen Plänen, die eine Verschärfung des Zuwanderungsrechts bedeuten würden. In der Presseerklärung heißt es: „Ein Jahr nach In-Kraft-Treten des Zuwanderungsgesetzes zeigt sich immer deutlicher: Das Ausländerrecht ist weitgehend Gefahrenabwehrrecht geblieben. Die Zuwanderungspfade sind schmal und steinig. Integrationspolitik wird auf den Erwerb von Deutschkenntnissen

reduziert. EU-Regelungen zur Harmonisierung der Flüchtlingspolitik werden unzureichend und restriktiv umgesetzt.“

Besonders in der Kritik stehen die geplante Einschränkung des Ehegattennachzugs, die Einführung neuer Haftformen und die immer noch nicht abgeschaffte Kettenduldung.

DGB, IR und PRO ASYL kritisieren, der Gesetzentwurf sei von „grundsätzlichem Misstrauen gegenüber Migranten und einem Geist der Abschottung gegenüber Flüchtlingen geprägt“. Migranten ständen unter dem Generalverdacht, sich nicht integrieren zu wollen, Flüchtlinge vor der Mauer einer Politik, die ihnen Integration verwehre.

Die Organisationen rufen dazu auf, in den kommenden Wochen und Monaten – parallel zur parlamentarischen Beratung – das Gespräch mit Vertretern der politischen Parteien und Abgeordneten zu suchen und sie auf das Ausmaß der geplanten Verschärfungen hinzuweisen. In öffentlichen Veranstaltungen sollen Migranten und Flüchtlinge darlegen können, was die Verschärfungen für sie bedeuten würden.

Die Stellungnahme „Ein Schritt vorwärts – zwei zurück“ kann heruntergeladen werden unter:

[www.migration-online.de/stellungnahmezwg](http://www.migration-online.de/stellungnahmezwg)

**ZAHLENWERK**

**Asylanträge 2003, 2004 und 2005 (ausgewählte Länder mit mehr als 10.000 Anträgen in einem Berichtsjahr)**

Seit 2001 ist die Zahl der Asylanträge in 50 Industriestaaten um 49 Prozent zurückgegangen. Dies zeigt eine Statistik, die am 17. März 2006 vom UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) veröffentlicht wurde. Damit fiel die Zahl der Asylanträge im vierten Jahr in Folge und erreichte den niedrigsten Stand seit zwei Jahrzehnten. In den 25 Staaten der Europäischen Union wie in Gesamteuropa wurde die niedrigste Zahl von Asylsuchenden seit 1988 gezählt. In Deutschland und Dänemark handelt es sich sogar um die niedrigste Zahl seit 1983, in der Schweiz seit 1986, in Großbritannien seit 1993.

„Die Zahlen zeigen, dass die Debatte in den Industriestaaten über ein wachsendes Asylproblem nicht der Realität entspricht“, sagte UN-Flüchtlingskommissar António Guterres. „Die Industriestaaten sollten sich fragen, ob nicht durch die Einführung immer neuer restriktiver Maßnahmen gegenüber Asylsuchenden viele Frauen, Männer und Kinder, die vor Verfolgung fliehen, vor verschlossenen Türen stehen.“

|                   | 2003    | 2004    | 2005    | Einwohnerzahl | Antragsquote* |
|-------------------|---------|---------|---------|---------------|---------------|
| Belgien           | 16.940  | 15.360  | 15.960  | 10.364.000    | 0,15          |
| Deutschland       | 50.560  | 35.610  | 28.910  | 82.431.000    | 0,03          |
| Frankreich        | 59.770  | 58.550  | 50.050  | 60.656.000    | 0,08          |
| Großbritannien    | 60.050  | 40.620  | 30.460  | 60.442.000    | 0,05          |
| Italien           | 13.460  | 9.720   | 9.500   | 58.103.000    | 0,01          |
| Niederlande       | 13.400  | 9.760   | 12.350  | 16.408.000    | 0,07          |
| Österreich        | 32.360  | 24.630  | 22.470  | 8.185.000     | 0,27          |
| Schweden          | 31.350  | 23.160  | 17.530  | 9.002.000     | 0,19          |
| Slowakei          | 10.360  | 11.390  | 3.490   | 5.431.000     | 0,06          |
| Tschech. Republik | 11.400  | 5.460   | 4.020   | 10.241.000    | 0,03          |
| EU insgesamt      | 346.690 | 279.860 | 237.840 | 455.000.000   | 0,05          |
| Norwegen          | 15.960  | 7.950   | 5.400   | 4.593.000     | 0,18          |
| Schweiz           | 20.810  | 14.250  | 10.060  | 7.489.000     | 0,13          |
| Europa (Nicht-EU) | 39.500  | 24.060  | 16.920  | 275.000.000   | 0,01          |
| Kanada            | 31.940  | 25.750  | 19.740  | 32.805.000    | 0,06          |
| USA               | 73.780  | 52.360  | 48.770  | 295.734.000   | 0,02          |

\*Antragsquote: Verhältnis der Asylanträge zur Einwohnerzahl 2005

# EINBÜRGERUNGSTESTS (1)

## IG Metall: Gutachten und Postkartenaktion

Die Debatte um die Einbürgerungstests hält nach wie vor an. Das Ressort Migration beim Vorstand der IG Metall hat jetzt ein juristisches und politisches Gutachten erstellen lassen, das sich mit dem Gesprächsleitfaden des baden-württembergischen Innenministeriums hinsichtlich der Einbürgerung von Muslimen auseinander setzt.

Der Jurist Memet Kiliç von der Universität Heidelberg, der unter anderem auch Mitglied des Expertenkomitees für Migration des Europarates ist, hat das Gutachten erstellt. Aus seiner Sicht verstößt die Verwaltungsvorschrift gegen Regelungen des Grundgesetzes und die Antidiskriminierungsrichtlinie der EU. Ein Beispiel: „Die baden-württembergische Verwaltungsvorschrift macht die Abstammung aus 57 Staaten zum tatsächlichen Anhaltspunkt zur Annahme der

Illoyalität. Diese pauschale Annahme verstößt gegen Art. 3 Abs. 1 GG, weil hierfür eine sachliche Rechtfertigung nicht gegeben ist.“ Art. 3 Abs. 1 GG schreibt die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz fest.

Neben der Veröffentlichung des Gutachtens hat die IG Metall eine Postkartenaktion gegen Gesinnungstests und integrationsfeindliche Aktionen gestartet. Es gibt zwei Motive: „Ja zur Integration – nein zur Gesinnungsschnüffelei“ und „Leitfaden zur Einbürgerung“.

Das Gutachten der IG Metall kann heruntergeladen werden unter: [www.migration-online.de/gutachten](http://www.migration-online.de/gutachten)  
Die Postkarten sind bei den örtlichen Verwaltungsstellen der IG Metall erhältlich oder beim Ressort Migration IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt/ Main. In elektronischer Form können sie heruntergeladen werden unter: [www.migration-online.de/postkartenigm](http://www.migration-online.de/postkartenigm)

# „DAS EINSORTIEREN IN VERSCHIEDENE SCHULARTEN FÜHRT ZUR GHETTOISIERUNG“

## GEW zur Berliner Rütli-Schule

Die Vorgänge um die Rütli-Schule im Berliner Bezirk Neukölln haben die Debatte um Integration neu angeregt. Der Brandbrief der Lehrer – so der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Ulrich Thöne – „ist ein Zeichen für das Versagen der Bildungs- und Integrationspolitik – auf Landes- und Bundesebene“. Die Vernachlässigung eines erheblichen Teils der Jugendlichen lasse sich nicht mehr schönreden. Seit Jahren würde ein Viertel der Jugendlichen für nicht ausbildungsreif erklärt und ins gesellschaftliche Abseits gestellt. „Diese Jugendlichen haben keine Perspektive. Da darf man sich über zunehmende Gewalt nicht wundern. Die Gesellschaft muss in die Zukunft der jungen Menschen investieren, ihnen muss gezeigt werden, dass wir sie alle brauchen“, unterstrich Thöne. Die GEW fordert in diesem Zusam-

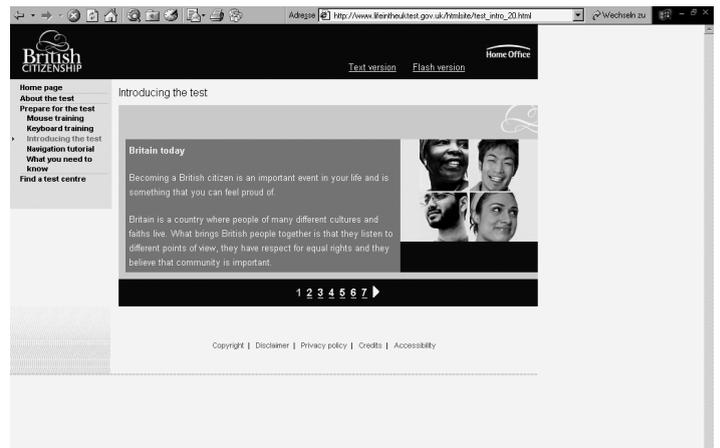
menhang „ein integriertes Schulsystem, in dem Demokratie und soziales Verhalten gelernt und gelebt werden“. Thöne: „In diesem Sinne führt an der einen Schule für alle Kinder kein Weg vorbei: Kinder und Jugendliche brauchen mehr individuelle Förderung. Das Einsortieren in verschiedene Schularten führt zur Ghettoisierung und verstärkt die soziale Selektion.“

Zwei Erklärungen der GEW zur Rütli-Schule stehen im Internet unter:

[www.migration-online.de/ruetli](http://www.migration-online.de/ruetli)



# EINBÜRGERUNGSTESTS (2)



## Die Praxis in Großbritannien

Eine knappe Übersicht über die in Großbritannien praktizierten Einbürgerungstests hat das Londoner Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung vorgelegt. Die Tests basieren auf einem Gesetz aus dem Jahr 2002 und werden seit 2005 durchgeführt. Es gibt insgesamt rund 200 Fragen zum täglichen Leben in Großbritannien, zum Regierungssystem und zur Geschichte. Daraus werden 24 mehr oder weniger zufällig ausgewählt, die beantwortet werden müssen.

Durchgeführt werden die Tests von einer gemeinnützigen Einrichtung, die sich auf computerbasiertes Lernen spezialisiert hat. Der Test ist ebenfalls computerbasiert. Für Ungeübte gibt es in den Lern-Zentren Hilfestellungen. Der Test kostet 34 Pfund. Er kann beliebig oft wiederholt werden.

Vorbereiten können sich Bewerberinnen und Bewerber auf den Test mit-

hilfe eines Handbuchs, üben kann man im Internet. Gefragt wird zum Beispiel danach, von welchem Alter an Alkohol und Zigaretten gekauft werden dürfen oder ob Frauen gleichberechtigt sind und ob das schon immer so war.

Wer den Test besteht – das sind derzeit rund 70 Prozent – braucht keine Sprachprüfung ablegen, da davon ausgegangen wird, dass das Verständnis der Fragen ausreichende Englischkenntnisse belegt.

Der Bericht „Von Migranten zu Bürgern: Die Einbürgerungstests in Großbritannien“ kann heruntergeladen werden unter:

[www.migration-online.de/testsgb](http://www.migration-online.de/testsgb)

Sich auf die Tests vorbereiten oder darüber informieren kann man im Internet unter:

[http://www.lifeintheuktest.gov.uk/htmlsite/prepare\\_10.html](http://www.lifeintheuktest.gov.uk/htmlsite/prepare_10.html)

# RATSMITGLIEDER MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

## LAGA NRW hat nachgezählt

Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) hat über ihre Mitgliedsvereinigungen recherchiert, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund in den Stadträten des Landes vertreten sind. Das Ergebnis, das keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt: In 29 Kommu-

nen gibt es 53 Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund, 16 Frauen und 37 Männer.

Die meisten gehören der SPD an, nämlich 26. Für Bündnis 90/Die Grünen sitzen zehn, für die CDU neun, für die PDS drei und die FDP zwei Mitglieder mit Migrationshintergrund in den Räten. Drei weitere gehören Wählergemeinschaften an.

# UN-TAG GEGEN RASSISMUS

## So viele Veranstaltungen wie nie zuvor

„Noch nie gab es in Deutschland so viele Veranstaltungen zur Internationalen Woche gegen Rassismus wie in diesem Jahr. Das hängt auch mit der neuen Debatte zu den Leitfragen für die Einbürgerung und der Leitkultur zusammen.“, lobt Jürgen Micksch, Vorsitzender des Interkulturellen Rates (IR) die diesjährige Einsatzbereitschaft zum UN-Tag gegen Rassismus.

Dieses Jahr gab es mehr als 380 Veranstaltungen – davon 173 in Schulen – in mehr als 150 Orten. Vorne lag Berlin mit 36 Veranstaltungen, gefolgt von Leipzig (33) und Darmstadt (19). Die häufigsten Themen waren Integration, Rechtsextremismus und der Islam.

Die diesjährige Erklärung „Rassismus überwinden!“, die vom IR herausgegeben wurde und wieder viele prominente Paten sammeln konnte, besagt: „Deutschland im Jahre 2006: Unser Land steht im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe. Unser Land, in dem die Welt schon seit vielen Jahrzehnten zu Hause ist, fiebert der Fußballweltmeisterschaft entgegen. Welt-offenheit und Toleranz sollen und müssen die Markenzeichen unseres Landes sein. Wir schauen nicht weg, wenn die Würde von Menschen verletzt wird! Wir stehen an der Seite derer, die in unserem Land wegen ihrer Nationalität, ihrer Hautfarbe, ihrer Kultur oder Religion abgewertet, ausgegrenzt, beleidigt oder sogar tödlich angegriffen werden.“

Zu den Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich in der Erklärung

dafür ausgesprochen haben, „Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in allen seinen Erscheinungsformen entschlossen entgegenzutreten“, gehören unter anderem Rita Süßmuth, Günther Burkhard (Pro Asyl), Hubertus Schmoltd (Vorsitzender der IG BCE) und Ludwig Georg Braun (Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer).

Anlässlich des UN-Tags gegen Rassismus fand am 21. März in Düsseldorf die Tagung „Das Leid mit der Leitkultur“ statt. Veranstalter war der Bereich Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk. Im ersten Teil wurde das Thema Integration aus sozialwissenschaftlicher Sicht vorgestellt und debattiert und eine Bilanz des ersten Jahres Integrationskurse gezogen. Im zweiten Teil diskutierten Expertinnen und Experten das Thema Leitkultur.

# BAMF: JAHRESBILANZ INTEGRATIONSKURSE 2005

## „Deutliches Eigeninteresse von Migranten“

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) veröffentlichte Ende März 2006 die Jahresbilanz der Integrationskurse unter dem Titel „Integration: Voneinander lernen – gemeinsam leben“.

Durch das neue Zuwanderungsgesetz vom 1. Januar 2005 trat die Integrationsverordnung in Kraft, womit erstmals Integrationsmaßnahmen für Migrantinnen und Migranten gesetzlich festgeschrieben wurden. Als Kernelement sind Integrationskurse vorgesehen, die sich aus einem Sprachkurs und einem Orientierungskurs – der Grundkenntnisse zur Rechtsordnung, Geschichte und Kultur vermitteln soll – zusammensetzen.

Im Jahr 2005 fanden insgesamt 8.196 Kurse statt – beinahe ein Viertel davon in NRW (23,4 Prozent). Dabei waren insgesamt 215.651 Personen zur Teilnahme an einem Integrationskurs berechtigt, rund die Hälfte (47,8 Prozent) wurde auf eigenen Antrag durch das BAMF zu einem Integrationskurs zugelassen – was deutlich das Eigeninteresse an Integration der bereits in Deutschland lebenden Ausländer zeigt. Demgegenüber stehen



lediglich 18.330 Personen, die von der Ausländerbehörde zu einem Integrationskurs verpflichtet wurden.

Die Zahl der im Jahr 2005 neu eingereisten Ausländerinnen und Ausländer mit Teilnahmeanspruch an Integrationskursen lag mit 60.783 Personen deutlich unter den prognostizierten 98.000. Ihr Anteil am Gesamtvolumen der Teilnahmeberechtigten beträgt lediglich 28,3 Prozent. Hiervon wurden aber mehr als zwei Drittel (42.453 Personen) zu einer Teilnahme verpflichtet. Auch die Zahl der berechtigten Spätaussiedler lag mit 33.241 ebenfalls unter der Prognose von 40.000.

Auffallend ist der hohe Frauenanteil bei den Kursbesuchern (63 Prozent). Das BAMF betont in dem Bericht: „Gerade Mütter stellen eine wichtige Zielgruppe bei den Integrationsbemühun-

gen dar. Sie tragen ganz erheblich zum Integrationsprozess ihrer Kinder bei, wenn sie sich selbst auf Deutsch verständigen können, und sind damit eher in der Lage, diese bei der schulischen Qualifikation und der Berufsausbildung zu unterstützen und zu begleiten.“

Die Verteilung der Kursteilnehmer auf die Bundesländer entspricht in etwa der allgemeinen Bevölkerungsverteilung in Deutschland und spiegelt ebenso die Verteilung der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer wider – beispielsweise leben mehr als ein Fünftel aller Kursteilnehmer in NRW.

Den Jahresbericht „Integration: Voneinander lernen – gemeinsam leben“ kann heruntergeladen werden unter: [www.migration-online.de/integrationskurse2005](http://www.migration-online.de/integrationskurse2005)

# TERMINE

## und Veranstaltungen



## Islam in der Arbeitswelt

Seminar: 14.–19.05.2006

DGB Bildungszentrum Hamburg-Sasel

Das Seminar bietet Basisinformationen über den Islam und islamische Organisationen. Ergänzt wird dies durch betriebliche Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit Beschäftigten muslimischen Glaubens.

Information und Anmeldung  
Dr. Mohammad Heidari  
Telefon 02 11/43 01-1 41

Folgende Veranstaltungen richten sich vor allem an Entscheidungsträger/innen in Industrie, öffentlichen Verwaltungen, Beratungs- und Migrantenselbstorganisationen und KMU des Handwerks, z.B. Personalverantwortliche, Multiplikatoren, Betriebs- und Personalrät/innen, Unternehmer/innen.

## Vielfalt als Chance! Interkulturelle Kommunikation und Konfliktregelung in Migranten- selbst- und Beratungsorganisa- tionen

Interkulturelles Training: 06.05.2006  
Bielefeld

## Potenziale erkennen: Methoden der Kompetenzfeststellung im interkulturellen Kontext

Workshop: 10.–11.05.2006  
Hattingen/Ruhr

## Was kann ich für Sie tun? Interkulturelles Kommunikationstraining für Angestellte in der Verwaltung und in öffentlichen Betrieben im Umgang mit Kunden

Interkulturelles Training:  
13.–14.06.2006, Düsseldorf

## Motivationsförderung in der Weiterbildung

Workshop: 19.–20.06.2006  
Hattingen/Ruhr

Informationen und Anmeldung  
Svetlana Alenitskaya und Nora Farik  
Telefon +49 (0) 211/43 01-1 86/1 89  
Telefax +49 (0) 211/43 01-1 34/1 37  
s.alenitskaya@iq-consult.de  
nora.farik@dgb-bildungswerk.de

## ES DARF NICHTS MEHR BESCHÖNIGT WERDEN!

### KOMMENTAR

**Doro Zinke,**  
stellv. Vorsitzende des DGB,  
Bezirk Berlin-Brandenburg



**E**s sind kein Einzelfälle mehr. Also darf nichts mehr beschönigt oder relativiert werden: Der alltägliche Rassismus grassiert in Deutschland: Neonazis marschieren in Halbe, terrorisieren Jugendclubs oder proklamieren sog. ausländerfreie Zonen; Afrikaner werden auf offener Straße verprügelt oder eine Frau wird belästigt, nur weil sie ein englischsprachiges Buch liest. Der Mordanschlag in Potsdam auf einen

Deutschen äthiopischer Herkunft empört und macht uns zornig. Und was kommt danach? Unsere Gesellschaft darf nicht wieder zur Tagesordnung übergehen! Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus besitzen viele Facetten. Sie zu bekämpfen und Zivilcourage zu demonstrieren, bleibt ständige Aufgabe, nicht nur dann, wenn die Welle der Empörung hochschlägt. Das Signal an die Rechtsextremisten muss eindeutig sein: Diese demokratische Gesellschaft nimmt die Herausforderung an und wir setzen die Spielregeln fest!

Der Virus des Rassismus vergiftet bereits unsere Gesellschaft, macht sie anfälliger für Intoleranz gegenüber Andersdenkenden, Migranten, Religionsgruppen. Das zerstört auf lange Sicht unser Gemeinwesen. Also: Gegensteuern! Und zwar auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Elternhäuser, Schulen, Verbände, Kirchen, Unternehmen, Gewerkschaften, alle sind gefordert, ihren Beitrag zu leisten. Viele sind bereits engagiert. Der DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg rief 1991 sein Bündnis gegen rechts ins Leben, in dem Kirchen, Wohlfahrtsverbände und die beiden Landesregierungen mitwirken. Seit 12 Jahren verleiht das

Bündnis einen Preis für Zivilcourage und zeichnet engagierte Bürgerinnen und Bürger aus. Etliche Unternehmen wie die S-Bahn oder Eko-Stahl haben Betriebsvereinbarungen zur Antidiskriminierung abgeschlossen.

Rechtsradikale dürfen keine Rückzugsräume haben: Ihre Familien dürfen nicht wegsehen, sondern müssen sie mit den Folgen ihrer menschenfeindlichen Aktionen konfrontieren; die Schulen müssen Themen wie Fremdenfeindlichkeit aufgreifen, was viele bereits machen, indem sie die Seminare „Courage zeigen“ der DGB-Jugend anbieten. Am Arbeitsplatz darf Diskriminierung nicht geduldet werden. Allein Brandenburg verzeichnete 2005 mehr als 1.200 rechtsextremistische Straftaten: Dieser Realität dürfen sich die politisch Verantwortlichen nicht länger verweigern! Sie müssen jetzt handeln!

Den Neonazis dürfen wir weder die Straßen noch die Köpfe unserer Kinder überlassen. Unsere Gesellschaft muss auf der Hut sein, sich energisch wehren, sonst gerät nicht nur unser Wertesystem unter die Räder, sondern unsere politische Kultur und unsere Institutionen erleiden irreparable Schäden.

## LÄNDERÜBERGREIFENDE INITIATIVE GEGEN RECHTS

**DGB Bezirke Baden-Württemberg, Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz/Saarland fordern entschiedenen Widerstand gegen neofaschistische Aktivitäten**

Die Vorsitzenden der DGB Bezirke Hessen-Thüringen, Stefan Körzell, DGB West (Rheinland-Pfalz und Saarland), Dietmar Muscheid, und Baden-Württemberg, Rainer Bliesener, haben am 18. April anlässlich eines Gesprächs in Frankfurt/Main die Genehmigungs- und Landesbehörden dazu aufgefordert, entschie-

dener gegen rechtsextreme und neofaschistische Aktivitäten und Tendenzen in ihren Ländern vorzugehen.

Dem „Aufstand der Anständigen“ müsse nun der „Aufstand der Zuständigen“ folgen. Politische Versäumnisse dürften nicht immer wieder auf dem Rücken der Polizei ausgetragen werden. Die Politik sei gefordert, dafür Sorge zu tragen, dass geplante Aufmärsche, z.B. in Heppenheim und Weinheim, nicht stattfinden und ein Ausweichen nach Rheinland-Pfalz verhindert wird.

Es könne nicht angehen, so der DGB, dass Aufmärsche von NPD und anderen Rechtsextremisten immer wieder genehmigt würden und aktive Bürgerinnen und Bürger dann dafür sorgen müssten, dass das Bild einer demokratischen Bundesrepublik Deutschland nach außen sichtbar bleibt.

Die Bezirksvorsitzenden betonten, dass der DGB für eine weltoffene und solidarische Gesellschaft eintritt, in der Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus keinen Platz mehr haben.

### GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium  
des Innern



Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge

### IMPRESSUM

#### HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk

Vorsitzender: Dietmar Hexel

Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

#### VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

#### KOORDINATION

Michaela Dälken

#### REDAKTION

Bernd Mansel

(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

#### LAYOUT

Gitte Becker

#### DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

#### DRUCK UND VERTRIEB

Setzkasten GmbH, Düsseldorf

#### ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

#### BESTELLDRESSE

SETZKASTEN GMBH

Produktion, Verlag, Werbung

Kreuzbergstraße 56

40489 Düsseldorf

Telefax 02 11/4 08 00 90-40

E-Mail mail@setzkasten.de

#### ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk

Bereich

Migration & Qualifizierung

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Telefon 02 11/43 01-1 88

Telefax 02 11/43 01-1 34

migration@dgb-bildungswerk.de

www.migration-online.de